

FAZ

51

S. 2

„Wir brauchen mehr Wirtschaftsfachleute als Soldaten“

Das Kosovo kämpft um Anschluss an Europa. Schon lange ist es das Armenhaus des Balkans. Vor den Wahlen in Serbien nehmen die Sorgen zu.

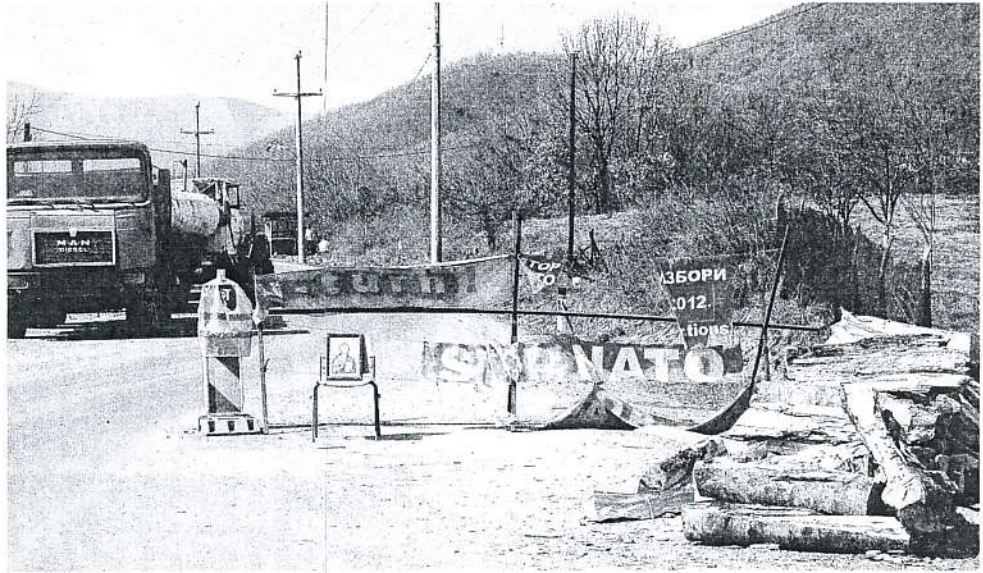
Von Kerstin Schwenn

PRISHTINA, 3. Mai. Im Kosovo sind in dieser Woche wieder deutsche Soldaten gelandet. Der deutsche Kommandeur der von der Nato geführten Kosovo-Truppe Kfor, General Erhard Drews, hat Verstärkung angefordert, um während der Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen in Serbien am 6. Mai im Norden des Landes für Ruhe zu sorgen. Die Frage, ob die dort lebenden Kosovo-Serben an den Wahlen teilnehmen können, ist zum Zankapfel geworden.

Während in den meisten Regionen des Kosovos das Zusammenleben von Albanern und Serben inzwischen funktioniert, schwelt es im Norden weiter. Belgrad erkennt die 2008 proklamierte Unabhängigkeit Kosovos nicht an und unterstützt im Norden Parallelstrukturen in Polizei und Verwaltung. Straßensperren lassen erkennen, dass der Krieg von 1999 nachwirkt. Organisierte Kriminalität und Banden sorgen rund um die Stadt Mitrovica für andauernde Unruhe.

Seit einiger Zeit sind Nato und EU grundsätzlich dabei, ihre Präsenz im südlichen Balkan zu verringern. Derzeit sind noch rund 6300 Soldaten im Land, 1999 waren es 60 000. Auch die Regierung in Prishtina sähe im Abzug den Beweis echter Unabhängigkeit. „Eigentlich brauchen wir mehr Wirtschaftsfachleute als Soldaten“, sagte Außenminister Enver Hoxhaj dieser Zeitung. Aber die Gefahr, dass alte ethnische Konflikte noch stärker aufbrechen, liege auf der Hand. „Die Entwicklung im Norden Kosovos ist der Schlüssel für unsere Zukunft.“

Das Kosovo – schon zu Titos Zeiten das Armenhaus Jugoslawiens – ist in den 13 Jahren seit Kriegsende nicht so gut vorangekommen wie erhofft. Wasser- und Energieversorgung sind unzuverlässig, Verkehrsverbindungen dürftig. Das Bildungssystem ist marode, die Verwaltung ineffizient, Korruption ein gängiges Problem, womöglich bis in die politische Führung hinein. Als Beleg dafür gilt, dass der Chef der Anti-Korruptions-Behörde seit Anfang April in Untersuchungshaft sitzt – wegen des Verdachts der Korruption. Selbst gegen Ministerpräsident Hashim Thaci kursieren Verdächtigungen.



Der Krieg wirkt nach: Wie an dieser Straßensperre im Nordkosovo sorgen Kriminelle für dauernde Unruhe.

Foto dpa

Für die wirtschaftliche Entwicklung, die Deutschland seit 1999 mit rund 400 Millionen Euro unterstützt hat, sind das schwere Bürden. „Private Investoren sind rar“, erläutert Thomas Mühlmann, Stabschef der Rechtsstaatlichkeitsmission Eulex der Europäischen Union. „Sie werden erst kommen, wenn Rechtssicherheit besteht. Und die kann es nur geben, wenn der Norden politisch stabil wird. Aber da ist keine schnelle Lösung in Sicht.“ Solange dies so ist, bleibt auch eine Annäherung an die Europäische Union Wunschdenken. Das Land mit seinen 1,7 Millionen Einwohnern lebt in erheblichem Maße von dem, was die im Ausland lebenden Kosovo-Albaner erwirtschaften und nach Hause schicken; allein in Deutschland leben rund 300 000 Kosovo-Albaner.

Eine industrielle Basis gibt es nicht. Bergbau und Energie sind die Hoffungsbranchen der Regierung, denn das Land verfügt über Bodenschätze. Die schlechte Energieversorgung, ablesbar an den wiederkehrenden Stromabschaltungen, könnte aus eigener Kraft überwunden werden, denn die Braunkohle liegt zum Greifen nah. Doch der Regierung fehlt das Geld, um das alte Kraftwerk aus den siebziger Jahren zu ersetzen. Private Investoren ver-

loren das Interesse an dem geplanten Milliardenprojekt, weil es nie zur Ausschreibung kam. Kredite von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank scheiterten daran, dass Braunkohle als unerwünschter Energieträger gilt. Nun hofft die Regierung in Prishtina hier auf eine Ausnahme. Der Kraftwerksbau wäre ein Hoffungszeichen, das auch die Ausbeutung der Erden und Erze im Norden befördern könnte. Dass die Bodenschätze gerade im Norden liegen, dürfte ein weiterer Grund sein, dass ein Austausch des dortigen Konfliktgebiets oder ein irgendwie gearteter Autonomiestatus nicht zur Debatte steht. „Die Grenzen sind fix“, bekräftigt Hoxhaj.

Immerhin konnte das Kosovo dieser Tage mit dem IWF ein Kreditabkommen über 106 Millionen Euro abschließen. Der Währungsfonds hatte schon 2010 einen solchen Kredit gewährt, ihn aber wieder gestoppt, nachdem Ministerpräsident Thaci eine deutliche Erhöhung der Beamtengehälter angekündigt hatte.

Obwohl Militär und EU-Aufbauhelfer noch da sind, liegt die Arbeitslosenquote heute bei rund 45 Prozent – in einem überwiegend muslimischen Land mit einer hohen Geburtenrate. Das Durchschnittsal-

ter der Bevölkerung liegt bei 24 Jahren. Die Löhne liegen im Durchschnitt bei 300 Euro. Die Preise im Supermarkt hingegen erreichen mitteleuropäisches Niveau: Ein Liter Milch kostet in Prishtina 95 Cent – mehr als in Deutschland.

Den meisten jungen Leuten fehlt vor allem die (berufliche) Perspektive. Von der EU fühlen sie sich im Stich gelassen. Als schlimmste Zumutung wird empfunden, dass dem Kosovo als einzigem Land der Region keine Visumfreiheit mit dem Schengen-Raum gewährt wird. „Seit zwölf Jahren erzählt man uns von europäischen Werten, aber reisen lässt man uns nicht“, sagen die Jungen frustriert.

Außenminister Hoxhaj weiß, dass er vom Volk an Fortschritten gemessen wird, und hofft auf eine „Visa Road Map“ in den nächsten Wochen. Mit Kriminalität und Korruption könne das Verweigern der Visafreiheit nichts zu tun haben, schließlich gebe es die auch in Ländern der Region, die längst EU-Mitglied seien. Hoxhaj besteht darauf: „Kosovo war immer ein europäisches Land. Die EU ist unser großes Ziel.“ Dass das benachbarte Serbien für die EU inzwischen den Beitrittskandidatenstatus erlangt hat, verschärft die Situation.

Recht